

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

19.4.1921 (No. 90)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 963 und 954
Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. Amen d. Druck und Verlag G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Abdruckpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Anzeigenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedürfnissen wird die Abgabe von Kontokorrenten fällig der Rabatt fest. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Vom deutschdemokratischen Landesparteitag.

Die Landesversammlung der deutschdemokratischen Partei Badens, die diesmal in Freiburg stattfand, hat einen Verlauf genommen, der in mancherlei Hinsicht unsere Aufmerksamkeit beanspruchen darf; und zwar gilt das nicht nur für die innere, sondern vielleicht noch mehr für die auswärtige Politik.

Die Nöte der Zeit, die in der weltpolitischen Berlektion unserer staatlichen Geschichte ihren Ursprung haben, färben auch auf die Parteitage ab. Und wenn man solche Parteitage mit denen früherer Zeiten vergleicht, so ist man erstaunt über den breiten Raum, der jetzt der Erörterung außenpolitischer Fragen zugewidmet wird. Für unser deutsches Volk ist das sicherlich eine sehr empfehlenswerte Neuerung. Denn nur auf diesem Wege kann den Wählern zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Parteien heutzutage nicht nur Vertreter etwelcher wirtschaftlicher oder politischer Interessen und Auffassungen sind, sondern gleichzeitig die Aufgabe haben, die Allgemeinheit zu weltpolitischem Denken und zu tatkräftiger Anteilnahme an den Fragen der auswärtigen Politik zu erziehen.

Auch hier ist es natürlich, wie meistens in der Geschichte der Völker, der Zwang, der es allen Parteien nahegelegt hat, sich gründlich mit der auswärtigen Politik zu beschäftigen. Der Krieg und der Zusammenbruch haben eine Lage heraufbeschworen, die uns ganz einfach zwingt, unser Augenmerk in erster Linie auf das zu lenken, was außerhalb unserer Grenzen geschieht, und unsere eigene Politik diesem für uns oft geradezu entscheidenden Geschehen anzupassen.

Einem erheblichen Bruchteil unseres Volkes fällt dieser Zwang leider außerordentlich schwer. Die Kreise, die diesen Bruchteil bilden, waren es früher gewohnt, die ganze Politik, d. h. also auch die auswärtige Politik, mit dem Maßstabe ihrer besonderen Interessen zu messen. Sie waren es gewohnt, von sich aus zu bestimmen, wie die Fäden der Außenpolitik zu spinnen seien, und betrachteten die auswärtige Politik durchaus nicht als eine trügerische Eisdede, die jeden Augenblick zerbrechen kann, sondern als ein spiegelblankes Parkett, auf dem sich mit der nötigen anerkennenden Grazie bequem herumtanzten läßt. Jedenfalls war für sie die Beschäftigung mit auswärtiger Politik keineswegs gleichbedeutend mit dem harten Zwang zur Vorsicht und zur Besonnenheit.

Daß bei einer solchen Methode sich schließlich die Fäden der auswärtigen Politik in einer für uns unheilvollen Weise verwirren mußten, war allein schon des Unglücks genug. Geradezu verhängnisvoll für unser Volk aber wurde die Tatsache, daß alle diese Parketttänzer der Politik sich auch in den Stunden der Krisis und der Gefahr als unfähig erwiesen, einem gehorsamen und dienstwilligen Volke Führer zu sein. Auch die Stunde der Not hat aus jenen führenden Schichten nicht einen einzigen Politiker hervortreten lassen, dem man das Prädikat eines Staatsmannes zuerkennen könnte.

Erst das Unglück selbst und der von jenen Schichten verschuldete Zusammenbruch hat ganz langsam eine Reihe von Politikern in die Höhe gebracht, denen jenes Maß von vorsichtiger Klugheit und besonnener Entschiedenheit eigen ist, welches unser Volk schon längst von seinen leitenden Persönlichkeiten hätte verlangen müssen.

Betrachtet man die große Rede, die der Reichswehrminister Dr. Gessler auf der Landesversammlung der badischen Deutschdemokraten in Freiburg gehalten hat, unter dem Gesichtswinkel des eben Gesagten, so wird man zugeben müssen, daß sich hier allerdings politischer Takt und Verständnis für außenpolitische Dinge bemerkbar machen. Das muß umso angenehmer auffallen, als ja Dr. Gessler seiner ganzen Herkunft und wohl auch seiner augenblicklichen ministeriellen Tätigkeit nach außenpolitischen Fragen zunächst nicht seine Aufmerksamkeit zu widmen hatte. Es ist also der Politiker schlechthin, der um die Zukunft unseres Vaterlandes besorgte Staatsbürger, der hier zu Worte kommt.

Was Dr. Gessler in seiner Rede über unser Verhältnis zum Ausland, also praktisch zur Entente, gesagt hat, ist so geartet, daß es nicht nur die Beachtung und Zustimmung der anderen Parteifreunde des Redners finden wird, sondern auch die Zustimmung aller der Parteien, denen wirklich im Ernst an einer Wiedergesundung unseres

Vaterlandes gelegen ist. Im Gegensatz zu Dr. Haas, der von Frankreich unter keinen Umständen ein Entgegenkommen, sondern vielmehr nur immer wieder neue Beweise des Vernichtungswillens erwartet, bekennt sich Dr. Gessler mit aller Entschiedenheit als ein überzeugter Anhänger der Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich. Auch er ist also, wie wohl z. B. sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts, der Ansicht, daß wir nichts unversucht lassen dürfen, um mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen.

Besonders dankbar sind wir dem Reichswehrminister dafür, daß er unserer Volksseele mit dünnen Worten gesagt hat, wie gefährlich die bereits über uns verhängten Sanktionen für uns sind. Er hält es demnach für grundsätzlich, diese Sanktionen lächerlich zu machen. Die Schaffung eines eigenen Zollgebietes für das Rheinland ist, wie Dr. Gessler sehr richtig betonte, nichts anderes als der Versuch, das Dortensche Unternehmen neu aufzubauen. Diese 50 Prozent Exportabgabe wird große Teile unseres deutschen Wirtschaftslebens zweifellos sehr schwer schädigen und vielleicht sind die Opfer, die hier unsere Industriellen bringen müssen, größer als das Reichsnoteopfer und als die Kriegsgewinnsteuer. Die Arbeitslosigkeit, die wahrscheinlich die Folge sein wird, wird die Erschütterung unserer industriellen Wirtschaft, wird neue große Schwierigkeiten innerpolitischer Art zur Folge haben. Wir sollten es uns abgewöhnen, Leute wie Lloyd George als Phantasten oder Schwächlinge anzusehen; nehmen wir die französischen und englischen Staatsmänner so ernst, wie sie es verdienen. Man will das Ruhrgebiet umschließen; man will nicht direkt hineingehen, aber man will eine Art Ententemonopol für die deutschen Kohlen einrichten. Man wird dem Süden klarmachen, daß er Kohlen nur bekommt unter bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen.

Erkennt Dr. Gessler die Gefahren, die uns drohen, mit richtigem Blick, so weiß er auch gleichzeitig ganz genau, daß es für uns diesen Gefahren gegenüber nur eine Pflicht gibt, die Pflicht zur Einigkeit. Und was Dr. Gessler in packenden Worten gerade zu diesem Punkt gesagt hat, sollte landauf, landab im ganzen deutschen Reich aufmerksam gelesen und beachtet werden. „Wir wollen nicht hervorheben, was uns trennt, sondern wir wollen betonen, was uns gemeinsam ist und was uns gemeinsam bindet.“ „Deutsch und national sind wir alle“, und die Reichsregierung darf mit Recht von sich sagen, daß sie eine nationale Regierung ist.“ Die in innerpolitischer Hinsicht bedeutungsvolle Rede hat der Führer der deutschdemokratischen Gesamtpartei, Senator Dr. Petersen gehalten. Uns interessiert aus dieser Rede vor allem die Stelle, an der er sich mit der Frage „Demokratie oder Monarchie?“ auseinandersetzt. „Man möge innerlich zur Monarchie stehen wie man wolle, heute sei es mit der Monarchie vorbei, heute habe die Geschichte entschieden, und das deshalb, weil die Monarchie nicht rechtzeitig die Formen eingeführt habe, die sie hätten retten können. Heute gebe es nur den Weg der Demokratie. Heute die Frage der Monarchie wieder in die Debatte zu werfen, heiße nicht zum Wohle des Vaterlandes handeln und den Bürgerkrieg heraufbeschwören. Die demokratische Partei stehe fest und unentwegt auf dem Boden der demokratischen Republik, weil sie wisse, daß der Wiederaufbau des Volkes nur auf diese Weise möglich sei. Daher werde sie jeden Versuch von rechts und von links, die demokratische Republik zu stürzen zu wollen, mit absoluter Energie zurückweisen, weil sie wisse, daß nur so der Weg bergan gefunden werden könne.“ Wir verzeichnen diese klaren und entschiedenen Worte Dr. Petersens mit besonderer Genugtung.

Für uns Badener ist vor allem die Resolution, mit der die Landesversammlung ihre Beratungen beendet, von Bedeutung. In dieser Resolution wird der deutschdemokratischen Landtagsfraktion und den Vertretern der Partei in der badischen Regierung unter Ausdrücken des Dankes für ihre schwierige, erfolgreiche Tätigkeit ein reschloßes Vertrauensvotum ausgesprochen. Eine „Politik des nationalen Gedankens und des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs auf der Grundlage einer Zusammenfassung aller Volkskräfte im demokratischen Staat“: das ist es, was die Landesversammlung auch weiterhin von der Arbeit der Parteileitung, der Fraktion und der Regierungsmitglieder erwartet. Die offi-

zielle Resolution schließt mit der Erneuerung des Treuebekenntnisses zum Reich.

Dieses Treuebekenntnis hatte kurz vorher schon der badische Kultusminister und Vorsitzende der Landespartei, Professor Hummel, in seiner Rede ausgesprochen. Auch die Rede Hummels verdient lebhaftes Interesse. Wir werden sie morgen noch in ausführlicher Form wiedergeben. Heute sei nur darauf hingewiesen, daß auch Minister Hummel dem badischen Staat und der badischen Regierung ausdrücklich bezeugt hat, daß sie stark genug gewesen seien, um die Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Und wohl nicht ohne Absicht hat Hummel mehrfach von dem „badischen Ordnungsstaat“ gesprochen. Seiner Meinung nach werden die staatlichen Organe auch fernerhin durchaus in der Lage sein, jeder Störung der öffentlichen Ordnung erfolgreich entgegenzutreten.

Was die Beziehungen Badens zum Reich anlangt, so hat nach den Worten des Ministers Baden auch unter der Republik sein traditionelles Verhalten zur Reichspolitik konsequent fortgesetzt. Baden hat seine Politik immer untergeordnet unter die großen Notwendigkeiten des Reiches, da es die vornehmste Aufgabe der Länder sei, die Aufrechterhaltung der Reichseinheit für alle Zeiten zu garantieren. Wir sind überzeugt, daß diese Worte des Kultusministers auch im Reich die Würdigung finden werden, die ihnen zukommt.

Politische Neuigkeiten.

Ein Anschlag auf die Goldbestände der Reichsbank.

Wie das B. Z. v. erfährt, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plätzen im besetzten Gebiet, etwa in Köln oder Koblenz, überzuführen. Diese Maßnahmen sollen eine „Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai“ sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Befriedigung anderer Gläubiger nicht verfügt würde. Eine schriftliche Übermittlung dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegt, die von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.

Ein neuer Vertragsbruch der Alliierten.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Vorkonferenz aus Anlaß der Errichtung eines besonderen Zollregimes für die Rheinlande eine Note übergeben, in der gegen dieses Steuerregime erneut Protest erhoben wird. Die Verordnung der Rheinlandskommission, durch die das Zollregime eingeführt worden sei, stellt nach Form und Inhalt eine neue flagrannte Verletzung des Vertrages von Versailles und des Abkommens über die militärische Besetzung des Rheingebietes dar. Für den Erlaß der Verordnung könne sich die Rheinlandskommission weder auf den Friedensvertrag noch auf das Rheinlandsabkommen, noch sonst auf Völkerrechtsverträge stützen. Die Rheinlandskommission sei durch das Abkommen über die militärische Besetzung der Rheinlande als das oberste Organ der Besetzung beteiligt worden. Die Rheinlandskommission sei durch das Abkommen über die militärische Besetzung der Rheinlande als das oberste Organ der Besetzung beteiligt worden. Die deutsche Regierung müsse daher die Regierungen der Besetzungsmächte verantwortlich machen für die von ihnen vollzogenen Verletzungen der Verträge und legt gegen die vorstehend gekennzeichneten Maßnahmen der Rheinlandskommission feierlich Verwahrung ein. Gleichlautende Noten hat die deutsche Regierung den Regierungen in London, Paris, Brüssel und Rom zugehen lassen.

Konferenz der Ernährungsminister.

Die Konferenz der Ernährungsminister, die in Bremen unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes zusammengetreten ist, ergab Übereinstimmung darüber, daß die bisherige Form der Milchbewirtschaftung nicht aufrecht erhalten werden kann. Für die Erleichterung der Umstellung sollen die Länder besondere Wirtschaftsbestimmungen erlassen. Die bisherigen Milchlieferungsbestimmungen sollen dabei aufrecht erhalten werden. Die bisherigen Beschränkungen für den Verbrauch von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalverbänden und Gemeinden verbleibt die Berechtigung, die Verteilung der Milch innerhalb ihres Bezirkes zu regeln. Einmütigkeit bestand darüber, daß Auslandsbutter und Auslandsmilch weitestmöglich für die Einfuhr frei zu geben sind.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der Frage der Aufhebung der Verfügung über die Regelung des Fremdenverkehrs. Die meisten Landesregierungen haben Bestimmungen erlassen, durch die der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zugang ortsfremder Personen zeitlich oder in anderer Weise beschränkt wird. Es wurde vorgeschlagen, die bisher maßgebenden Reichsverordnungen aufzuheben.

In der Diskussion wurde von den süddeutschen Staaten darauf hingewiesen, daß die Fremden vielfach ein der Zeitlage höchst unangemessenes Auftreten zur Schau trügen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft empfahl für ein derartiges Verhalten Fremder ein Einschreiten auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen und stellte fest, daß die Konferenz mit der Aufhebung der Reichsverordnungen einverstanden sei.

Schließlich beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Aufhebung der auf dem Gebiet der Fleischversorgung aus der Zeit des Kriegs noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Da die Voraussetzungen, die damals zum Erlaß der Verordnung führten, in vielen Fällen nicht mehr bestehen, soll zum Teil ihre Aufhebung erfolgen.

Als Ort der nächsten Konferenz der Ernährungsminister wurde Stuttgart bestimmt.

Eine eigenartige Strafanzeige.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Der Frankfurter Rechtsanwalt Ebenau hatte gegen Prinz Max von Baden eine Strafanzeige eingereicht mit der Begründung, daß der Prinz es unternommen habe, die im Deutschen Reich und in Preußen bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern, und zwar bei erklärtem Kriegszustand. Die Anzeige stützte sich darauf, daß Prinz Max von Baden in einer amtlichen Bekanntmachung vom 9. November 1918 behauptet habe, der Kaiser und König habe sich zur Thronentsagung entschlossen, während tatsächlich um diese Zeit eine Abdankungserklärung noch nicht vorlag. Gleichzeitig habe Prinz Max in seiner Bekanntmachung gesagt, er bleibe solange im Amt, bis die mit dem Thronverzicht des Kronprinzen verbundene „Frage“ geregelt sei, während in Wirklichkeit mit dem Kronprinzen wegen eines Thronverzichts überhaupt noch nicht Fühlung genommen war. Ferner hat Ebenau dem Prinzen Max den Vorwurf gemacht, daß er dem Abgeordneten Ebert die Führung der Geschäfte des Reichsanzlers übertragen habe. Nach der Ansicht Ebenaus hätte der Beschuldigte dazu kein Recht. Es lag vielmehr ein Eingriff in die Rechte der Krone vor, die ihr nach Art. 15 der Reichsverfassung und auf Grund des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichsanzlers zustand. Diese Verfassungsverletzung sei, da die Abgabe der Geschäfte gerade an den Abgeordneten Ebert erfolgte, ein Unternehmen der gewaltsamen Änderung der Reichsverfassung gewesen, denn es habe dem Beschuldigten nicht zweifelhaft sein können, daß der Abgeordnete Ebert bei der damaligen Lage die gewaltsame Änderung der Verfassung betreiben werde. Auf diese Vermutung hin stütze Ebenau seine Anzeige gemäß §§ 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches (Hochverrat). Diefelbe Beschuldigung hatte Ebenau erhoben gegen Saebemann, Ebert, Landsberg, Dittmann und Barth. Weber Arnsperg noch Abgeordneten-Zumutlichkeit kämen für die Beschuldigten in Frage.

Dieser Auffassung hat sich der Oberreichsanwalt nicht angeschlossen. Er lehnte vielmehr eine Strafverfolgung ab, da die den Beschuldigten vorgeworfene Tat als politisches Verbrechen angeprochen werden müßte, das durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 amnestiert und daher einer strafrechtlichen Verfolgung entzogen sei. Die dagegen beim Reichsgericht eingeleitete Beschwerde hat dieses Gericht zurückgewiesen, da der Bescheid des Oberreichsanwaltes zureichend begründet worden sei.

Das Reichsschulgesetz im Reichsrat.

Der Reichsrat erklärte sich mit dem Gesetzentwurf, der zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt ist (Reichsschulgesetz), bis auf zwei wichtige Punkte einverstanden. Auf Antrag von Württemberg wurde mit 44 gegen 11 Stimmen ein Antrag angenommen, wonach die Zuständigkeit des Reichsverwaltungsgerichts bei Streitigkeiten über Schulfragen aus dem Gesetze beseitigt wird. Außerdem wurde ein neuer Paragraph 17 angenommen, wonach die Mehrkosten, die den Ländern und Gemeinden aus der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, ihnen zu zwei Dritteln vom Reich erstattet werden sollen. Gegen beide Beschlüsse wandte sich Staatssekretär Schulz als Vertreter der Reichsregierung. Er wird nunmehr zu einer doppelten Vorlage kommen, da die Regierung unter keinen Umständen den Beschlüssen des Reichsrats zustimmen will. — Der Reichsrat genehmigte den Nachtragssatz für 1920, der im wesentlichen nur eine Neuorganisation der Beamten entsprechend dem Gesetze vom Dezember 1920 enthält.

Vom großen Mimen.

München, Mitte April.

Unser „große Mime“ — kein anderer konnte während eines Lebensalters in München unter diesem Ehren- und Spitznamen gemeint sein als Ernst v. Pospart — ist tot. Gestorben im seltenen Alter von nahezu 80 Jahren, dort, wo seine Wiege gestanden, an der Spree; aber in Jherusalem, so will es seine letzte Verfügung, soll seine Asche beigesetzt werden. Und noch ein kleines Menschenalter, bis wir alle, die ihn hörten und sahen, dahingegangen sein werden, wird der nachahmliche, so oft nachgeahmte und doch nur ihm, dem großen Mimen, eigene, melodramatische Tonfall seiner Redekunst unter der Nachwelt fortzwingen, die ihm Kränze flechten wird, auch wenn sie verständnislos über sein Menschliches, Allmenschliches freundlich lächelt.

Auch wer den Menschen Pospart persönlich kennen zu lernen Gelegenheit hatte, konnte sich gar oft eines Rätselns nicht enthalten. Den Kothurn, auf dem er über die Bretter schritt, die die Welt bedeuten, legte er auch nicht ab, wenn er auf dem für Bühnenkünstler ebenso glatten Parkett des Alltags- und Familienlebens wandelte. Auch hier eine auffallende Modulation der unvergleichlich geschulten Sprechweise, die den großen Rhetor und Anekdoteur verriet, auch hier eine erstaunliche Verwandlungsfähigkeit des Charakters, die ihm aus dem Verus ins Blut übergegangen war. „Wenn ich das damals gesagt habe“, hörte ich ihn einmal freimütig zugehen, „dann habe ich gelogen.“ War die Kunst Ernst Pospart's Lüge? Ja! — Aber Lüge, wie jede individuelle Kunst Lüge ist. Ich bin der unmaßgeblichen Meinung, daß der Bühnenkünstler erst da anfängt, wo er so großartig und sein zu lügen versteht, daß wir die Wirklichkeit entweder nicht mehr erkennen oder freimütig auf die Wirklichkeit verzichten, weil uns die Lüge, der Schein lieber, erhebender ist, als die rauhe Natur und das unvollkommene qualvolle Sein.

Die vielen kleinen Mimen und Kritiker von gestern und (wenn auch allmählich schon bescheidener) noch von heute, die in natürlichem, besser gesagt, naturalistischem Spiel und profaisch gewöhnlicher Sprechweise, die Aufgabe der wahren Kunst erblicken, befinden sich alleamt auf dem Holzwege, auf einem Wege, der erfahrungsgemäß das gesuchte eine Ziel nicht erreicht. Denn eben das Natürliche in dieser Darstellung wirkt nicht natürlich, kann nicht natürlich wirken, weil Raum u. Raum, Zeit, Licht und Luft, in denen die schauspielerische Leistung vor sich geht, nicht natürlich ist und selbst in einem Freilichttheater nicht natürlich sein kann. Deshalb fehlen die alten Griechen die Maste auf, wenn sie die Bühne betreten, deshalb übertrieben sie Gestalt und Laut, deshalb waren alle großen Schauspieler von Iffland bis Kainz, Reicher, Kattowitz, Wit-

Die Kabinettsbildung in Preußen.

Wie die „Frk. Ztg.“ berichtet, hat die demokratische Fraktion des Landtages beschlossen, für den Fall, daß in dem Kabinett des Ministerpräsidenten Stegerwald die Sozialdemokraten nicht vertreten sind, die Kandidatur des Herrn Fißbed zurückzugeben und sich an einem solchen Kabinett nicht zu beteiligen. Herr Stegerwald hätte außer den Herren Am Behnhoff und Fißbed an folgende Herren Einladungen zum Eintritt in sein Kabinett gerichtet: An Oberbürgermeister Dr. Luther (Essen) für das Ministerium des Innern, an Staatssekretär Dr. Warmbold für das Landwirtschaftsministerium, an den früheren Reichsfinanzsekretär Graf Adern für das Finanzministerium und an Staatssekretär Beder für das Kultusministerium. Nach dem Beschluß der demokratischen Fraktion, dem sich vielleicht auch das Zentrum anschließt, dürfte mit einem Kabinett in dieser Zusammenfassung allerdings nicht mehr zu rechnen sein.

Tirol bleibt fest.

Der Landeshauptmann von Tirol erklärte den Vorstandsmitgliedern der großdeutschen Landespartei von Tirol, die ihm den Dank für die standhafte Haltung bei der Zurückweisung der „ungeheuerlichen Eingriffsvorläufe in die geistlichen Vollrechte Tirols“, aussprachen: Die Landesregierung bleibt fest. Erneut versicherte der Landeshauptmann, daß er den durch den Beschluß der Obmännerkonferenz von der Landesregierung und dem Landtag einseitig festgelegten Weg mit unerschütterlicher Tirolischer Hartnäckigkeit einhalten werde, daß er und seine Räte keine Sanktionen kennen und daß Tirol durch keinerlei Drohungen oder Verbote einzuschüchtern sei, da es für seine nationalen und wirtschaftlichen Lebensinteressen eintreten müsse. Der Landeshauptmann verabschiedete die Herren mit dem Wunsch, daß der 24. April der Gründungstag des reichsdeutschen Tirols werde.

Kurze polit. Nachrichten

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien. Die Interalliierte Kommission in Opatowitz teilt mit: Da die Lage, die die Verbündeten des Belagerungszustandes über einen Teil des Abstammungsgebietes zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit notwendig machte, eine günstige Änderung erfährt, hat die interalliierte Kommission beschlossen, vom 1. April mittags 12 Uhr ab die Verordnung aufzuheben, durch die der Belagerungszustand über Katowitz-Stadt, Katowitz-Land, Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Königshütte, Pleß, Rybnitz, verhängt worden war.

August Ebert. Einer der bekanntesten Herausgeber deutscher Zeitungen und Leiter mehrerer Zeitschriftenverlage, August Ebert, ist gestern Vormittag im 72. Lebensjahre gestorben.

Badische Uebersicht.

Landesversammlung der badischen Demokratie.

(Schluß).

Senator Dr. Petersen unterrichtete die Ausführungen des Reichswehrministers Dr. Gehler über die Betonung des Gemeinschaftsgedankens. Wir müssen den Großblock der Mitte schaffen, wir müssen den Gemeinschaftsgedanken zwischen den Parteien pflegen, die positiv mitarbeiten wollen bei aller Sachlichkeit des Kampfes, dort, wo Gegensätze bestehen. Lassen Sie von Baden Land die Größe und Freiheit der Gedanken ausgehen, mit denen sie unsern Kampf schon in einer früheren Gesichtspunktperiode vorangeleuchtet haben. Ich nehme die sichere Überzeugung mit, daß ich auf dem rechten Wege bin, wenn wir die Badenener schämen, denn die Badenener haben bewiesen, daß sie die Dinge größer nehmen, wie das übrige Deutschland. Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas sprach über die politische Lage im Reich. Er betonte, daß es das oberste Ziel der deutschen auswärtigen Politik sein müsse, aus dem Versailles-Friedensvertrag herauszukommen, Abzuziehen zu den Fragen der inneren Politik dankte er der preussischen Regierung für

die rasche Niederschlagung des Kommunismus, welches in Mitteldeutschland und bedauerte, daß die Reaktionsparteien auch bei diesem Anlaß die Regierung wieder bedrängten hätten, weil die Reichswehr angeblich zu spät eingegriffen habe. Zur preussischen Regierungsbildung sagte Dr. Haas: Das preussische Volk versteht heute nicht, daß wochenlang hin und her verhandelt wird, bis endlich eine Regierung zustande kommt. Das ist aber nicht ein Fehler des parlamentarischen Systems, sondern das ist der Fehler des unpolitischen Sinnes unseres deutschen Volkes und eine falsch verstandene Methode des Parlamentarismus. Wir müssen endlich dazu kommen, daß die Regierung nicht mehr in den Fraktionen gebildet wird. Unsere demokratische Politik war in der letzten Zeit zu sehr defensiv, wir müssen mehr in die Offensive gehen. (Starker Beifall).

Über die politische Lage in Baden sprach der Parteivorsetzende Minister Hummel. Die Entwicklung zum Ordnungszustand vollziehe sich in Baden in ruhigen und sicheren Bahnen. Bei den Unruhen in Baden habe die badische Regierung gezeigt, daß sie fest entschlossen sei, die Ruhe zu wahren. Die Beziehungen Badens zu Württemberg seien durch die Stellungnahme Badens zu der Frage der Redaktionslizenzierung nicht getrübt worden. Die badische Regierung sei fest entschlossen, zu helfen. Bei den kommenden badischen Landtagswahlen könne die Demokratische Partei nicht anders auftreten, als durch Festhalten an den eigenen Grundfragen. Der Wahlkampf müsse selbständig geführt werden, unabhängig von jeder Partei.

Darauf wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Badens begrüßt es mit lebhaftem Genugtuung, daß die Leitung der Deutschen Demokratischen Partei des Reiches einen Ausschuss eingesetzt hat mit der Aufgabe, gegen die unwahrscheinliche Entente-Propaganda von der angeblichen alleinigen Schuld am Weltkrieg zu wirken. Die Landesversammlung betrachtet die Aufklärung der Welt über die wirklichen Ursachen des Krieges als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Nur durch eine zähe unabhängige Aufklärungsarbeit über die Kriegsverursachen in der ganzen Welt wird es möglich sein, bei den Völkern die geistige Umstellung herbeizuführen, die notwendig ist, um zu einer internationalen Verständigung und zu einem dauernden Frieden zu gelangen.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde eine Resolution, in der die Landesversammlung der deutsch-demokratischen Landtagsfraktion und den demokratischen Mitgliedern der badischen Regierung Dank für ihre Tätigkeit und ihr Vertrauen ausspricht. Sie hat folgenden Wortlaut: Die ordentliche Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei in Baden dankt der deutsch-demokratischen Landtagsfraktion und den Vertretern der Partei in der badischen Regierung für ihre schwierige und erfolgreiche Tätigkeit. Die Landesversammlung hat an der Parteitätigkeit, an Landtagsfraktion und den Mitgliedern der Regierung das Vertrauen, daß sie auch weiterhin ihre Kräfte einsetzen werden für eine Politik des nationalen Gedankens und des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs auf der Grundlage einer Zusammenfassung aller Volksträfte im demokratischen Staat. Die Landesversammlung erneuert das Vertrauen in die deutsch-demokratische Partei Badens zum Reich in der festen Zuversicht, daß das deutsche Volk auch in den kommenden schweren Tagen seine nationale Würde bewahren und an der Einheit des Deutschen Reiches festhalten wird.

Über die Samstagsstiftung ist noch folgendes nachzutragen: Prof. Dr. v. Schulz-Gävernitz sprach über Deutschlands Außenpolitik. Er erörterte eingehend Deutschlands Stellung zu Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, welche letztere nur dann in der Lage seien, ihre Schulden einzufassen und zu verzinsen, wenn sie zur Wiederherstellung Europas und damit zur Wiederherstellung Deutschlands beitragen. Wir Deutsche — so erklärte der Redner — müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß das Dasein unseres Vaterlandes Opfer fordert. Zu diesen Opfern sind wir bereit, aber wir weigern uns, unsere Interessen vorrangig zu haben. Ich nehme die sichere Überzeugung mit, daß ich auf dem rechten Wege bin, wenn wir die Badenener schämen, denn die Badenener haben bewiesen, daß sie die Dinge größer nehmen, wie das übrige Deutschland. Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas sprach über die politische Lage im Reich. Er betonte, daß es das oberste Ziel der deutschen auswärtigen Politik sein müsse, aus dem Versailles-Friedensvertrag herauszukommen, Abzuziehen zu den Fragen der inneren Politik dankte er der preussischen Regierung für

terwurger und Pospart, keine Naturalisten und Realisten der Bühne, sondern Männer der Maste und Sprechkünstler.

Wir hatten gerade in München das lehrreiche Erlebnis, die beiden entgegengesetzten Schulen nicht nur nach, sondern nebeneinander in einem Schauspielensemble exerzieren zu sehen und zu hören. Neben Bühnenkünstlern und Intendanten, die an die Kunst Pospart's erinnernten, qualte Albert Steinrück, der Begabte und seine unbegabte Gefolgschaft den nach theatralischer Illusion lebenden Zuschauer und Hörer durch unfrei nach dem Leben gestaltete Grimassen und eine Sprechart, die, weil ungeschult, schon bei geringer Anstrengung der Heiserkeit verfiel und mehr verschluckte, gepflückte und verputzte als selbst das naturwahrste Stüd vertragen konnte. Ganz unaussprechlich aber wurde uns im Alter, denen noch das Pathos und die melodische Rhetorik aus Pospart's Zeiten in den Ohren sang, der fühne Versuch derer um Steinrück, auch die gebundene Sprache „natürlich“ widerzugeben. Geheimrat Zeiß, der neue Münchner Generalintendant, wußte in der ersten Spielzeit, die er hier leitete, wohl noch keinen Ausweg zu finden aus den Ruinen, in die das einst so leistungsfähige, hochangesehene Schauspielensemble durch den furchterlosen Kampf der Stilrichtungen gefallen ist. Allerdings trug der Generalintendant Ernst v. Pospart schon einen guten Teil der Schuld am Niedergang des Münchner Hoftheaters: — er kümmerte sich zu wenig um das Schauspielensemble, er war das Starsystem aus seinem eigenen Bühnenleben gewohnt. Seine ganze große Energie als Bühnenleiter warf er auf die Oper und das Wagner- und Mozartfestspiel, auch zum großen Teil das Wagnerfestspielhaus, das Münchner Ringregententheater, sind seine theatergeschichtlichen Taten.

Schwieriger, aber mindestens ebenso wertvoll, ist es für die Theatergeschichte, das festzuhalten, was Pospart durch seinen im besten Sinne dekorativen Verfallungsstil und seine meisterhafte Sprachbeherrschung vorbildlich geschaffen hat. Seine Schriften (besonders der „Lehrgang des Schauspielers“), enthalten zwar eine Fülle von praktischen, geistvollen Anweisungen und Erfahrungen, aber die Kunst des Mimen lernt sich nicht leicht aus Büchern. — Über die Kunst der Lebensführung, in der Ernst Pospart ebenfalls ein Großer war. Die Modulations- und Ausdrucksfähigkeit, die Ausdauer und Kraft seines Sprechorgans, das er bis in die letzte Zeit jugendfrisch erhielt, war für den ein Wunder, der nicht wußte, wie bedacht man und unermüdet Pospart diese Fertigkeit geschildert hatte. Erst seit wenigen Jahren hatte er sich dem Vortragspodium mehr und mehr zurückziehen müssen; noch als Siebzigjähriger besah er ein Gedächtnis, um das ihn seine jungen Berufsgenossen beneiden mußten.

So konnte Ernst v. Pospart der bei einem Bühnenkünstler fast unerhörte Ruhm guertant werden, ein Lehrmeister für

die Kunst des Lebens, für die menschliche Leistungsfähigkeit in Theorie und Praxis, gewesen zu sein. Und doch wird gar manchen, der Pospart persönlich kannte, ein Bedenken abhalten, seinem Vorbild in Kunst und Leben in allen Stücken zu folgen: — Zur irdischen Glückseligkeit gehört das innere Erlebnis der Kontraste. Wir möchten daran zweifeln, ob Ernst v. Pospart, der große Bühnen- und Lebenskünstler, dieser Lust und Qual noch fähig war, ob nicht das Kontrastspiel zu seiner — tragischen Natur geworden ist?

Dr. Friedrich Maßl.

Lutherfeier.

Zu einer imposanten Lutherfeier hatte sich die evang. Kirchengemeinde Karlsruhe vergangener Sonntag abend in der Festhalle zusammengefunden. Galt es doch, des großen geschichtlichen Augenblicks zu gedenken, da Martin Luther vor 400 Jahren auf dem Reichstag zu Worms sein feierliches Bekenntnis ablegte, das er mit den ersten Worten betraufte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen.“ In Herrn Geheimrat Prof. Dr. von Schubert hatte man einen glänzenden Festredner gewonnen, der in meisterhafter Weise ein maßvolles Leitbild entrollte und zeigte, wie die politischen und kirchlichen Verhältnisse zur Reformation führten. So wurde die Tat Luthers und seine mächtige Persönlichkeit in die großen geschichtlichen Zusammenhänge hineingestellt. Luthers Gestalt wuchs in dieser Darstellung klar und einprägend zu ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung empor. Es war ein erhebender, ja unvergleichlicher Augenblick, als am Schluß seiner Rede die ganze Festversammlung den herrlichen Lutherchoral anstimmte: „Ein feste Burg ist unser Gott“, getragen von den Klängen des Orchesters. Aberhaupt kam den Vorträgen der vereinigten evang. Kirchenchöre und der verstärkten Harmoniekapelle ein wesentlicher Anteil am Gelingen der Feier zu. Unter der energischen musikalischen Leitung von Herrn Kapellmeister Heinrich Cassimir wurden die gewaltigen Chormassen zu einer fest gefügten Einheit verschmolzen und erzielten mit ihren Vorträgen nachhaltige Wirkungen. Ein Vortragsbuch „Zur Lutherfeier“ und mehrere Luthergedichte, der Gedichtsammlung von Friedrich Hindelang entnommen, wurden von Herrn Felix Baumbach mit seinem maßvoll klingenden Organ in plastisch gestaltender Sprechkunst rezitiert. Auch der Vortragsredner der evang. Kirchengemeinde, Herr Geheimrat Weingärtner, der die Festversammlung begrüßte, und Stadtrat Jacob, der allen Mitwirkenden dankte, fanden schöne, beherzigenswerte Worte. Mit dem altmiederländischen Volkslied „Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten“ fand die Feier einen erhebenden Abschluß.

G. M.-r.

Minister fürchtet, daß das deutsche Volk das ihm zugeordnete Stahlbad weihen müssen. Er glaubt aber an die Moral des deutschen Volkes und vertraut darauf, daß es unter der ihm zugeordneten Tortur nicht zerbrechen werde. (Lebhafte Beifall.)

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Rede des Führers der Gesamtpartei, des Senators Petersen-Hamburg: am Samstagabend in der Festhalle. Er stellte fest, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe bei allen sonstigen Fehlern des alten politischen Systems. Das deutsche Volk sei zu seinem Glück verhältnismäßig rasch aus der Revolution — oder besser gesagt Zusammenbruch — in den Weg des Rechts übergeleitet worden. Die russische Methode hätte einen Wiederaufbau unmöglich gemacht. Man müsse aber aus der engeren Parteipolitik heraus in Hinblick darauf, daß man unter den heutigen Verhältnissen ohne Koalitionspolitik nicht durchkommen vermag. Dem Auslande gegenüber forderte der Redner Würde und Klarheit. Der Versailler Vertrag sei kein Urteil, sondern ein einseitiges Diktat. Wir seien guten Willens, aber nur soweit, daß wir dabei nicht zum Elend verurteilt werden. Wir mühten kein sagen, wenn es notwendig, uns aber auch klar sein, was dann kommen wird und es ertragen. Der Weg zur Rettung führe über eine nationale und soziale Politik.

Des Weiteren sprach in dieser Abendversammlung Minister a. D. Dietrich. Er forderte eine gute staatsbürgerliche Erziehung im Interesse der Erhaltung der demokratischen Republik und stellte mit Genugtuung fest, daß sich die Arbeiterschaft mehr und mehr von dem Kapitalismus abwende. In der äußeren Politik müsse man mit den nackten Tatsachen rechnen. Mit Deutschlands Schicksal sehe und falle die Zukunft Europas. Lebensfalls werde Frankreich ohne Deutschland seine Finanzen nicht in Ordnung bringen können. Redner verzeichnete dankbar das Bekenntnis zum Deutschtum in den Abstammungsgebieten und schloß mit der Hoffnung, daß unsere Herzen auch die kommenden schweren Tage zu überwinden vermögen.

Landeskongress der Arbeiterjugendvereine.

LPD. Am Samstag und Sonntag fand in Karlsruhe eine aus allen Teilen des Landes besuchte Bezirkskongress der Arbeiterjugendvereine Baden statt. Am Schluß verschiedener Vorträge wurden mehrere Anträge angenommen, darunter ein solcher dahingehend, die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands möge ihre Vertreter im Landtag und in den Gemeindeparlamenten anweisen, einzutreten: 1. Für die finanzielle Unterstützung der Arbeiterjugendvereine durch Staat u. Gemeinden, 2. für unentgeltliche Zurverfügungstellung städtischer und staatlicher Rotele und 3., daß Staat und Gemeinden die Erstellung von Jugendheimen fördern. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird ersucht, eine einheitliche Regelung des Umlaufs für Jugendliche beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren für den Freistaat Baden durch Gesetz anzustreben. In einem weiteren Antrag wird durch Gesetz eine Erweiterung des Jugendschutzes und eine durchgreifende Reform des Lehrlingswesens verlangt. Einspruch wurde gegen den Versuch erhoben, die Arbeitszeit der Jugendlichen auf 54 Stunden zu erhöhen und ebenso wurde gegen die Einführung des Religionsunterrichts an der Fortbildungsschule protestiert.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die sozialdemokratische Partei Badens hielt gestern eine Bezirksversammlung ab, die sich mit dem Basler zum badischen Landtag bezog. Die Versammlung glaubt dem Wahlkampf mit Zuversicht entgegengehen zu können, da die Tätigkeit der Rechtsparteien in den Volksmassen als durchaus negativ erkannt wurde. Die unabhängige Sozialdemokratie sei erledigt und die Kommunisten ständen infolge ihrer Putschvor dem Zusammenbrüche. Reichstagsabgeordneter Oskar Geß hielt einen längeren Vortrag über die politische Lage.

Der frühere Direktor der Land- und Siedlungsbank, Wele ist wieder aus der Haft entlassen worden. Dagegen wurde der Kaufmann und Ingenieur O. Honnef (Heidelberg) verhaftet, der bekanntlich ebenfalls in die Hagenhieschengelegenheit verwickelt ist.

1. Ettlingen, 19. April. In einer gestern Abend in der „Krone“ abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Konsumvereins Ettlingen und Umgebung wurde einstimmig beschlossen, den Konsumverein aufzulösen und sich dem Lebensbedürfnisverein Karlsruhe anzuschließen. Die Anwesenden traten vollzählig zum Lebensbedürfnisverein über. Als Liquidatoren wurden gewählt die Herren Ulmer und Pfeil vom Konsumverein Ettlingen und Direktor Thoma vom Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

LPD. Baden-Baden, 18. April. Im Kloster Lichtental ist nach langem, schweren Leiden Erzbischof Willibrod Weiler gestorben. Der Entschlafene stammte aus Weiskalen; er wurde 1863 zu Gerner (Kreis Herbolzheim) geboren, studierte in Innsbruck Philosophie und Theologie, war einige Zeit Prior in Sedau (Gletzen) und wurde 1887 Prior in dem wiedererrichteten Kloster Beuron, dem er schon früher angehört hatte. Er folgte dann die Gründung von Maria Saad, zu dessen Oberer er 1893 ernannt wurde. Im Jahre 1901 wurde der Verstorbenen zum Bischof von Metz gewählt und verblieb bis September 1919 auf seinem Posten, also 18 Jahre unter französischer Herrschaft. Die Franzosen wählten um diese Zeit einen eigenen Bischof und, um die Spaltung zu vermeiden, leistete Erzbischof Willibrod Weiler Verzicht. Hierauf erhielt er vom Papst den Titel eines Erzbischofs von Aitalla (Aloisian). Seit Weihnachten lag der Entschlafene schwer erkrankt im Kloster Lichtental.

b. Schopfheim, 18. April. Der hochverdiente Präsidentin des Frauenvereins Schopfheim, Frau Kym-Kraft, welche am 15. ihres 25. jährigen Jubiläums als Leiterin des genannten wohlthätigen Vereins für ihr segensreiches Wirken neben andern Ehrungen auch zur Ehrenbürgerin der Stadt ernannt wurde, wurde am 18. d. M. am Tage ihres 68. Geburtstages, durch eine Abordnung des Gemeinderates unter Führung des Bürgermeisters Hegel die Ehrenbürgerkunde der Stadt in feierlicher Weise überreicht. Im Anschluß daran überreichte der Amtsvorstand, Oberamtmann Wintermantel, der Jubilarin die Glückwünsche der Regierung in Anerkennung ihrer langjährigen, opferwilligen und erfolgreichen Tätigkeit im Dienste des badischen Frauenvereins.

Kollnau h. Freiburg, 18. April. Die Arbeiterschaft der hiesigen Spinnerei und Weberei hielt in der Streikfrage eine öffentliche Versammlung ab, in der 202 Arbeiter für und 118 gegen den Streik waren. Bei einer Betriebsabstimmung stimmten 257 für und 293 gegen den Streik. Eine Arbeitszeiterhöhung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

LPD. Bonndorf, 15. April. Als der Witwenkassier aus Brunnaderner Nord verdächtigt, wurde nach der „Volkswochi“ der ledige Redakteur Dümer aus Württemberg verhaftet.

Aus der Landeshauptstadt. Die Londoner Konferenz und die Arbeitnehmerschaft.

In einer von der deutschen Friedensgesellschaft Karlsruhe im Verein mit dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Fafabund), dem Christlichen Gewerkschaftsverband, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Gewerkschaftsverein (Girch-Dunster) und dem Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Karlsruhe einberufenen Protestversammlung sprach gestern Abend der bekannte Friedenskämpfer und frühere deutsche Gesandte Harry Graf Kessler über die Londoner Konferenz und die Arbeitnehmerschaft. Graf Kessler, ein ausgezeichneter Redner, der seine Sache scharf und klar zu formulieren weiß und den Zuhörer durch seine lebendige, bei aller Sachlichkeit der Form des zündenden Temperaments nicht entbehrende Darstellung zu fesseln und zu packen versteht, ging von dem Gedanken aus, daß der Wiederaufbau Nordfrankreichs eine auch im deutschen Interesse, gelegene wirtschaftliche und, angelehnt an die Propaganda, auch psychologische Notwendigkeit sei, ja eine solche auch dann sein würde, wenn wir jetzt hätten. Wir mühten also das Möglichste tun, um den Wiederaufbau zu beschleunigen. Die Lösung dieser Frage werde weniger schwer sein, als die der Wiedergutmachungsfrage, der furchtbarsten Frage, die jemals an Deutschland herangetreten sei und die durch die schwierige finanzielle Lage Frankreichs noch verschärft werde. In dieser Situation gibt es so führte er aus, für uns nur zwei Möglichkeiten: die eine ist die Katastrophenspolitik, die dem Gegner zuzustimmt: Wir können nicht; macht was ihm tollt, zerfemelt uns, aber geht selbst mit unter. Es besteht kein Zweifel, daß der vorliegende Fall einen grandiosen Beweis dafür abgeben würde, daß die Gewerkschaft auch den Sieg in den Abgrund reißt. Soll aber das deutsche Volk nicht geopfert werden, so gilt es den zweiten Weg zu gehen und nach Mitteln zur Verständigung zu suchen. Die Möglichkeit der Rettung eröffnet der Redner darin, daß wir uns zur Zahlung der geforderten 26 Milliardensumme, so ungeheuerlich und offensichtlich unerfüllbar diese Forderung sein mag, verpflichten — aber unter dem Vorbehalt einer Nachprüfung der aufgestellten Forderungen durch unparteiische Sachverständige und der Aufbringung der Summe nicht durch politische und militärische, sondern nur durch wirtschaftliche Methoden, nach wirtschaftlichen Grundrissen und nach Plänen wirtschaftlicher Sachverständiger. Der ungeheure Vorgang der Herausholung von jährlich 6 bis 6 Milliarden aus Deutschland wird das gesamte Leben der Völker beeinflussen. Wir müssen verlangen, daß alle Völker, die daran interessiert sind, vor allem die Millionen von Werktätigen, bei der Verwaltung beteiligt werden. Die politische Abgrenzung der weltwirtschaftlich ein organisiertes Reich bildenden Staatsgebilde sei es, die jene Spannung herbeigeführt habe, der der Imperialismus entsprungen sei. Der Weltkrieg sei nicht anders gewesen als der Versuch, diese Spannung durch Gewalt zu lösen. Seit dem Waffenstillstand sei die Krisis jedoch nur noch viel schärfer geworden. Der Völkerverbund werde erst aktionsfähig werden, wenn er sich auf den festen Boden der internationalen Organisationen der Werktätigen stellen könne. Auch die Wiedergutmachungsfrage könne nur durch die geschlossene Macht der Werktätigen gelöst werden, die mit ihrer Arbeit die Welt in der Hand halten. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall.

Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen: „Wir anerkennen die Wiedergutmachung als eine Pflicht Deutschlands, deren Erfüllung nicht bloß im französischen, sondern auch im deutschen Interesse liegt.“

2. Jedoch lehnen wir die Pariser Beschlüsse sowohl wie das Londoner Diktat als Grundlage für ein endgültiges Abkommen verispiell ab, nicht nur wegen der Höhe der geforderten Zahlungen, sondern auch und in erster Linie wegen der unsachgemäßen Methode, nach der diese Zahlungen festgesetzt worden sind, nämlich nicht durch sachverständige Wirtschaftler nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern durch Politiker nach politischen Augenblicksbedürfnissen, und zwar durch Politiker weniger Staaten als durch die Völkerverbund oder durch diese Beschlüsse in ihrem wirtschaftlichen Gebiete tief beeinflussten anderen Völker und ohne Befragung der durch sie in ihrer Arbeitsmöglichkeit und Lebenshaltung auf das einschneidendste berührten Werktätigen der ganzen Welt.

3. Unter Ablehnung jeder nationalistischen Hege fordern wir daher, daß sofort mit dem Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gemäß dem Genfer Abkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen begonnen wird, und außerdem zum Zwecke einer Verständigung mit den Alliierten möglichst bald entweder vor dem Völkerverbund auf Grund von Art. III und XI Abs. 2 der Bundesakte oder sonst durch die interessierten Staaten eine weltliche internationale Konferenz von wirtschaftlichen Sachverständigen (nach Art der Brüsseler Finanzkonferenz vom Herbst 1920, nur mit erweiterten Aufgaben) unter Einziehung von bevollmächtigten Vertretern der organisierten Werktätigen einberufen und beauftragt werden, einen Plan aufzustellen für die Wiedergutmachung im Rahmen des Wiederaufbaues Europas im Sinne einer Weltbedarfswirtschaft.

4. Wir schließen uns daher dem Verlangen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam an und fordern mit ihr als ersten Schritt auf dem von uns als einzig gangbar erkannten Wege die Errichtung eines internationalen Reparations-Institutes, das zusammengeführt werden soll aus Vertretern der Arbeiter-Organisationen und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Völker, dem das Studium und die technische Durchführung des Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete und der Weltwirtschaft anvertraut, und dem das Recht, internationale Anleihen zu diesem Zwecke aufzunehmen, gegeben werden soll, und erwarten, daß die deutsche Regierung und alle in Betracht kommenden deutschen und internationalen Organisationen, insbesondere alle Organisationen der Werktätigen als Produzenten oder Konsumenten, mit ganzer Kraft die Bewirkung dieser Forderung betreiben.

LPD. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Obmannschaft III, hielt hier eine Mitgliederversammlung des Werkstättenpersonals ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, die u. a. folgendes besagt: „Die Versammlung verlangt eine bessere Bewertung in dem Maße, daß ein Eisenbahner im Höchstlohn einem Beamten in Gruppe III im Höchstgehalt mindestens gleichgestellt ist. Eine wirliche Besserung erbittet die Versammlung in der Anstellung der Werkstattearbeiter nach einer gewissen Anzahl von Dienstjahren. Durch diese Anstellung der älteren Arbeiter würden dann die Werkstattearbeiter in die gleichen Rechte eintreten, wie ihre Kollegen im Betriebsdienst.“

Versuche mit drahtloser Telephonie. Am Sonntag mittag fanden auf dem hiesigen Telegraphenamt vor einer Anzahl geladener Gäste Versuche mit drahtloser Telephonie statt. Die von der Station Königswinterhausen entnommenen Wellen, Sprache und Musikstücke, konnten zum Teil gut verstanden werden. Nur trat die Fiffelstation mit ihren starken Wellen immer störend dazwischen, so daß eine weitere Verständigung dann häufig ausgeschlossen war. Die hochinteressanten Versuche zeigen, daß sich die Funktelephonie noch im Anfangsstadium befindet. Es sind noch manche Unvollkommenheiten zu überwinden, aber die nie rastende Technik wird dieses überwinden und dann werden wir sicherlich auch in der Funktelephonie ein brauchbares Instrument für die Vermittlung von Nachrichten aller Art, besonders von Fernsendungen und dergl. haben. In Karlsruhe befindet sich nur eine Aufnahme, aber keine Sendestation. Auch in Freiburg und anderen Städten wurden am Sonntag bezügliche Versuche gemacht.

Badische Gemeindegewalt.

Finanznot der Gemeinden.

Vom badischen Gemeindeverband werden wir um Ausnahme folgender Ausführungen gebeten.

Bekanntlich ist durch die Steuerreform den Gemeinden das Recht weggenommen worden, Zuschläge zu den Reichsteuern zu erheben. Die haben vom 1. April 1920 an nicht mehr das Recht, das Einkommen und das Kapitalvermögen zu versteuern, sie sind vielmehr auf die festen Beträge angewiesen, welche ihnen das Reich durch das Land zuteilt. Nach dem Landessteuergesetz entfallen 1/3 der Gesamteinnahmen aus Einkommen, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer auf Länder und Gemeinden, 2/3 auf das Reich. Die Auseinanderziehung zwischen den beiden ersten ist Sache der Landesgesetzgebung. Vor einigen Tagen hat die bad. Regierung dem Landtag das sog. Verteilungsgesetz vorgelegt, wonach das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden und der vorgeschriebene Lastenausgleich, insbesondere auf dem Gebiete der Schulen, festgelegt werden soll. Zuvor haben Verhandlungen mit den Städten- und Gemeindeorganisationen stattgefunden, die aber in den wichtigsten Punkten zu keiner Einigung geführt haben. Der Staat beansprucht von den oben genannten zwei Mitteln dreizehn Zweiundzwanzigstel, während ihm nach Meinung der Gemeinden nur elf Zweiundzwanzigstel zukommen. Außerdem sollen die persönlichen Einkommensteuern auf ein Viertel von den mittleren Städten und Landgemeinden getragen werden, von denen auch der sachliche Aufwand (Schulhäuser, Bedienung, Vermittel usw.) zu bestreiten ist. Dadurch können aber die Gemeinden bei der Last, daß die Ausgaben im allgemeinen durchschnittlich um das 8-10fache gestiegen sind, die Einnahmen sich aber nicht oder nur unwesentlich erhöht haben, wirtschaftlich in sehr schlimme Zustände, die auf die Dauer niemals erträglich sein würden. In der Hauptsache leiden darunter die Landgemeinden, denen nur geringe Steuerwerte aus Liegenschafts- und Betriebsvermögen amods Besteuerung zur Verfügung stehen. Wenn in der Tat die persönlichen Einkommensteuern auf ein Viertel von den Gemeinden auferlegt werden würden, mühten bei gleichmäßiger Belastung des Grundvermögens und des Gewerbetreibenden Gemeindefinanzen bis zu 9 M. für 100 M. Steuerwert erhoben werden, nachdem die Staatsbeiträge zum Schulaufwand in Beifall kommen sollen. Dabei ist die Höchstgrenze der Belastung nach dem Gesetzentwurf festgesetzt:

	beim Staat	bei den Gemeinden	bei den Kreisen	Suf. einseit. 20 Pfg. Norm. Steuerzsg.
a. bei klassifizierten Grundstücken auf	1,00 M.	3,60 M.	0,20 M.	5,00 M.
b. bei einzeln geschätzten Grundstücken auf	0,10	0,70	0,20	1,20
c. bei Wald auf	0,50	1,40	0,20	2,30
d. bei Gebäuden auf	0,30	2,20	0,20	2,90
e. bei gewerblich u. landw. Betriebsvermögen auf	0,20	1,70	0,20	2,30

Da auch der Lastenausgleichsstock, aus dem die bedürftigen Gemeinden unterstützt werden sollten, außer einem Staatsbeitrag von 2 Millionen Mark keine Einnahmen aufweisen wird, also gänzlich leistungsunfähig ist, befürchte in kleineren, leistungsschwachen Gemeinden, keine Existenzmöglichkeit mehr, sofern nicht der Staat helfend auf andere Weise wirksam eintritt. Was kann einer Gemeinde zugemutet werden, wenn nach dem Stand des Steuerkapitals 1 Pfg. Umlage nur 12 M. einbringt? Sie könnte nie bestehen, wenn man ihr in der schwersten Zeit die seither schon geleisteten Staatsbeiträge zum Schulaufwand wegnimmt und wenn man sie dazu noch mit erheblichen Ausgaben belasten würde. Es werden schon die steuerkräftigen Gemeinden an den Rand des Abgrundes gebracht. Wie wird es den anderen gehen? Der Landtag, welcher das letzte Wort zu sprechen hat, wird sich diese Verhältnisse noch einmal näher ansehen müssen, wobei er sicherlich zu einer anderen Lastenverteilung kommen wird als der Staat, der sich jedenfalls zu sehr nach fiskalischen Gesichtspunkten hat leiten lassen.

* Der Badische Beamtenbund hat nunmehr das von ihm gepachtete Waldhaus Jakob bei Konstanz übernommen.

LPD. Heidelberg, 15. April. Der Bürgerausschuß hatte gestern sechs Millionen Mark nachträglich zu bewilligen für Baukostenüberreitungen bei Siedlungsbauten in den Vororten Schlierbach und Handschuhsheim. Die Baukosten waren durch die riesige Verteuerung der Materialpreise in beiden Fällen auf das Dreifache gestiegen. Nach einer langen Aussprache wurden die Vorlagen genehmigt. Für einige andere Wohnungsbauten wurden weiter 1.900.000 Mark bewilligt. Die Stadt hat vom Reich noch 8.389.257 Mark zu bekommen für Auslagen für Familienunterstützung und andere Kriegswohlfahrtsgebote. Das Reich hat nun genehmigt, daß die Städte, die das Geld nötig brauchen, es sich durch eine Anleihe auf Rechnung des Reiches beschaffen. Das Reich übernimmt in diesem Falle die Verzinsung und Tilgung der Anleihe. Die Anleihe wurde genehmigt. Der Zuschuß zum Stadttheater wurde für die beiden nächsten Jahre von 200.000 Mark auf je 250.000 Mark erhöht. Die Theaterkommission soll prüfen, ob auf Grund dieses Zuschusses ausreichende Gagen bezahlt und gute Leistungen geboten werden können. Wenn er nicht reicht, so soll eine Nachtragsforderung eingereicht werden. Von den eigenartig kleinen Räden an der Heiliggeiststraße, die einen besonderen Schmuck des Marktplatzes bilden, hat die Stadt weitere vier angekauft.

Mannheim, 16. April. Die Stadtverwaltung von Mannheim hat der durch das Brandunglück geschädigten Gemeinde Sonthausen Wüstenteile im Anschaffungswerte von 7600 M. gespendet.

Mannheim, 16. April. Da im Industriehafen nur noch wenig Gelände für Industriezwecke zur Verfügung steht, hat der Stadtrat seine Erweiterung durch Erstellung eines Stadteckens vom Altrhein abgeschlossen.

Serdwangen, 16. April. Bürgermeister Vogel hat aus Gesundheitsrückichten den Rücktritt von seinem Amt angegeleht.

Staatsanzeiger.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den evangelischen Pfarrer Heinrich Kaufmann in Flinsbach zum Pfarrer in Mauer ernannt.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Friedrich Schaefer in Neulohheim zum Pfarrer in Großschafen ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 23. März d. J. beschlossen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts den Gewerbelehrer Anton Stabler an der Gewerbeschule in Kastatt an die Gewerbeschule in Zell i. B. in gleicher Eigenschaft zu versetzen und ihn mit der Leitung dieser Schule zu betrauen.

Das Staatsministerium hat unterm 24. März d. J. den Handelslehrer Karl Groß an der Gewerbe- und Handelsschule in Achern bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 24. März d. J. beschlossen, den Gewerbeschulkandidaten Erich Heibte von Konstanz mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Eppingen zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unterm 29. März d. J. beschlossen, den Gewerbeschulkandidaten Albert Dettlinger von Mannheim zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Mannheim zu ernennen.

Das Justizministerium hat unterm 29. März d. J. die Oberjustizsekretäre Karl Frank beim Notariat Ettlingen zum Amtsgericht Karlsruhe, Albert Witz beim Amtsgericht Ettlingen zum Notariat daselbst und Konrad Konstanzer beim Notariat Säckingen zum Amtsgericht Säckingen versetzt.

Die in der Zeit vom 30. März bis 2. April d. J. abgehaltene Gewerbelehrerprüfung haben folgende Kandidaten bestanden:

Hangarter, Josef, vom Wörblingen, Amts Konstanz, Niesle, Willi, von Karlsruhe, Witz, Alfons, von Wagenschwand, Amts Eberbach.

Bezirksarztstelle in Überlingen und Bilingen betr.

Die Bezirksarztstellen in Überlingen und Bilingen sind zur Erledigung gekommen.

Gewerbungen wollen binnen 8 Tagen hierher eingereicht werden.

Karlsruhe, den 12. April 1921. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Arnold. Braun.

Das Statut der Handelskammer Lahr und Wahlen zur Handelskammer betr.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachungen vom 8. Dezember 1920 — Staatsanzeiger Nr. XXXVII, vom 25. April 1907 — Staatsanzeiger Nr. XVII, vom 3. Januar 1920 — Karlsruher Zeitung Staatsanzeiger Nr. 8 und vom 11. September 1920 — Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger Nr. 210 — bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund des

Gesetzes betr. die Handelskammern, die Ziffer 2 des Statuts der Handelskammer Lahr folgende neue Fassung erhalten hat:

Ziffer 2.

Die Zahl der Mitglieder der Kammer beträgt 26, wovon aus der Zahl der Wahlberechtigten zu wählen sind:

- 1. 19 aus Industrie und Großhandel einschließlich des Bank-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbes,
2. 6 aus dem Einzelhandel und
3. 1 Mitglied ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Fachgruppe.

Von den 26 zu wählenden Mitgliedern sind mindestens zu wählen aus der Zahl der Wahlberechtigten:

- a) des Amtsbezirks Lahr 8 Vertreter,
b) des Amtsbezirks Offenburg 6 Vertreter (darunter 1 Vertreter für die Stadt Gengenbach),
c) des Amtsbezirks Rastatt 2 Vertreter,
d) des Amtsbezirks Oberkirch 1 Vertreter,
e) des Amtsbezirks Wolfach 1 Vertreter,
f) des Amtsbezirks Eitersheim 1 Vertreter,
g) der Stadt Herbolzheim und Oberhausen 1 Vertreter.

Die Wahl des in Absatz 1 unter Ziffer 3 genannten freien Mitglieds ist in örtlicher Einsicht nicht beschränkt.

Karlsruhe, den 11. April 1921. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. A. Föhrnbach. Braun.

Die Versicherung der Rindviehbestände betr.

Auf Grund der Art. 1, 2 und 32 des Viehverversicherungs-Gesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt 1910, S. 581) wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1921 dem Viehverversicherungsverband angehörend:

- die Ortsviehverversicherungsanstalten: Ebersteinburg (Bezirksamt Baden), Sulzbach (Bezirksamt Ettlingen), Kuhbach (Bezirksamt Lahr), Engelswies und Sandorf-Roth (Bezirksamt Rastatt), Au i. W., Bernersbach, Silberstein, Herden, Reichental und Weisenbach (Bezirksamt Rastatt), Sulzburg (Bezirksamt Staufen), Weckersbühl und Degernau-Ostertingen (Bezirksamt Waldshut);
die Ortsviehverversicherungsvereine: Laubenberg (Bezirksamt Buchen), Stuppferich und Wolfersweiler (Bezirksamt Durlach), Eitenheim (Bezirksamt Eitenheim), Dangstetten (Bezirksamt Waldshut).

Karlsruhe, den 11. April 1921. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Arnold. Braun.

Die öffentliche Untersuchungsanstalt der Stadt Konstanz betr.

Nachdem die öffentliche Untersuchungsanstalt der Stadt Konstanz ganz in städtischen Betrieb übergegangen ist, wird diese unter der Bezeichnung „Chemische Untersuchungsanstalt der Stadt Konstanz“ weiterhin als öffentliche Anstalt zur Vornahme amtlicher Untersuchungen im Sinne des § 4 unserer Verordnung vom 28. Februar 1882, den Verlegh mit Maß-

zung-, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen betr. anerkannt.

Karlsruhe, den 11. April 1921. Ministerium des Innern. Remmel. Braun.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 1. Mai d. J. wird in Durlach ein Finanzamt im Sinne von § 8 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Durlach. Es übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Bretten mit Ausnahme der Geschäfte der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der bad. Fleischsteuer, ferner die Geschäfte des bisherigen Steuerkommissariatsdienstes Durlach, der auf 1. Mai d. J. aufgehoben und mit dem Finanzamt Durlach vereinigt wird. Ebenso wird auf 1. Mai d. J. die Steuereinnahmestelle Durlach aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Karlsruhe, den 8. April 1921. Der Präsident des Landesfinanzamts. Köhler. Reichmann.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 1. Mai d. J. wird in Waldbrunn ein Reichsfinanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung mit der Bezeichnung „Finanzamt Waldbrunn“ errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Waldbrunn. Es übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Emmendingen mit Ausnahme der Geschäfte der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der bad. Fleischsteuer, ferner die Geschäfte des bisherigen Steuerkommissariatsdienstes Waldbrunn, der auf 1. Mai d. J. aufgehoben und mit dem neuerrichteten Finanzamt vereinigt wird. Ebenso wird auf 1. Mai d. J. die Steuereinnahmestelle Waldbrunn aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Karlsruhe, den 7. April 1921. Der Präsident des Landesfinanzamts. Köhler. Reichmann.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 1. Mai d. J. wird in Redargemünd ein Finanzamt im Sinne von § 8 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Heidelberg mit Ausnahme der Gemeinden Heidelberg, Dohrenheim, Eppelheim, Keimen, Kufloch, Rohrbach, St. Jigen, Sandhausen und Wiedlingen. Es übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Heidelberg mit Ausnahme der Geschäfte der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der bad. Fleischsteuer, ferner die Geschäfte des Steuerkommissariatsdienstes Redargemünd, der auf 1. Mai d. J. aufgehoben und mit dem Finanzamt Redargemünd vereinigt wird. Ebenso wird auf 1. Mai d. J. die Steuereinnahmestelle Redargemünd aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Karlsruhe, den 7. April 1921. Der Präsident des Landesfinanzamts. Köhler. Reichmann.

Eduard Vehse Güttdenteutsche Fürstenthöfe Herausgegeben von Gustav Mayer. I. Band Der bayrische Hof. II. Band Der württemberg. und badische Hof. III. Band Der hessische Hof mit dem Hofe von Bessen-Kassel, den Nebenlinien Rotenburg, Philippsthal-Barchfeld und dem Hofe von Domburg. Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30.- M. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande, Halbpergament, je ca. 70.- M. Die Neuherausgabe des Vehseschen Geschichtswerkes bedarf keiner Rechtfertigung. Der Wert dieser Art Geschichtsschreibung liegt in dem gewaltigen Quellenmaterial, das mit erstaunlichem Fleiß und bewundernswertem Geschick bearbeitet wird. Das Vehse in besonders reichem Maße als Quellen ungeschminkte zeitgenössische Berichte, gelegentlich auch wohl Pamphlete, daß er Memoiren und anekdotisches Material benützt und wörtlich zitiert, daß er verschmäht, Ereignisse und Persönlichkeiten von einer so hohen Warte aus zu betrachten, daß alle Konturen und Proportionen sich verwischen und das Detail unkenntlich wird, daß er seinen Standpunkt, unbeschadet seines klaren und selbständigen Urteils, inmitten der Dinge nimmt — das will uns heute als der besondere Wert seiner Geschichte dünken, das gibt seiner Methode der Forschung und Schilderung ihr reizvolles Gepräge.

Anruf an die Karlsruher Einwohnerschaft! Die Unterbringung unserer Studenten führt auf größte Schwierigkeiten. Hilfe ist dringend erforderlich. Rektor und Senat richten daher an alle, die irgend in der Lage sind, ein Zimmer an Studenten zu vermieten, die dringende herliche Bitte, umgehend dem Wohnungsamt des Studentendienstes in der Technischen Hochschule, Kaiserstr. 12, davon Mitteilung zu machen. Der Rektor der Technischen Hochschule: Dr.-Ing. K. Mann.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 21. April, 6-10 Uhr. Mk. 12.— Zum ersten mal: Sebastian. Eine Tragödie in 5 Aufzügen von Kurt Geucke.

Waggonfabrik Aktiengesellschaft Rastatt. Bei der heute stattgefundenen Auslosung von Teilschuldverschreibungen unserer 4%, prozentigen Anleihe wurden folgende Nummern gezogen: Lit. A Nr. 95, 98, 127, 128, 149. zu je M. 2000.— Lit. B Nr. 23, 68, 77, 153, 161, 198 zu je M. 1000.— Lit. C Nr. 4, 32, 92, 97, 113, 131. zu je M. 500.— Die Rückzahlung erfolgt am 1. Juli 1921 zu 103% in Karlsruhe bei dem Bauhanse Wit 2. Homburger, in Berlin bei der Nationalbank für Deutschland. Rastatt, den 18. April 1921. Der Vorstand: Kopf. Otterbach.

Margarine in Pfundwürfel das Pfd. Mk. 9.— empfiehlt Carl Dietsche zur Butterblume Amalienstr. 29. Telefon 120.

Bürgerliche Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. B. 817.2.1. Karlsruhe. Die Kaufmannin Mag. Hedel Ehefrau, Emma, geb. Riefer zu Freiburg i. Br., Kaiserstr. 103, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Pfaffenrath hier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe, Werderstr. 76, jetzt an unbekanntem Ort, wegen böswilligen Verlassens, § 1667 B.G.B. dem Antrag auf kostentfällige Scheidung der am 31. Mai 1906 zu Kaiserslautern geschlossenen Ehe der Streittheile aus Verschulden des Beklagten. Die Klägerin laßt den Verlaßten zur mündlichen Verhandlung des Rechts-

Verchiedene Bekanntmachungen. Laubholz-Versteigerung. Das staatliche Forstamt Freiburg versteigert am Dienstag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum Rägelsee in Freiburg — Schwarzwalddstraße 39 — aus dem Ortsbezirk der Forstwarte Dold in Rappel — Post Bittenweiler — und Altbredt in Bittal: Rotbuchen 2 III; Buchen 1 II, 2 III, 14 IV, 23 V u. 3 VI; Eichen 1 III, 5 IV, 43 V, u. 107 VI, sowie 42 eichene Stangen; Erlen 1 III, 1 IV, 15 V u. 4 VI; Birnen 1 II, 1 III, 14 V, u. 9 VI; Rotföhren 2 III, 7 IV, 22 V und 3 VI; Kiefer 1 IV, 4 V und 1 VI; Nadelbäume 1 V u. 5 VI; Nadelbäume 2 V. M. Ferner 47 Stk. Eichengerbstholz und 20 Stk. Erlene Nadelholzrollen. Auskunft erteilt das Forstamt und die Forstwarte Dold u. Altbredt. B. 812

Kleinversteigerung von Laubholz. des Forstamts Buchenfeld am Montag, den 20. April 1921, mittags 12 Uhr, im Gasthaus zum Birsch in Unterriedenbach. Aus Abl. I 22, Winterhaldenschlag, III 35, Demjächterlinge und III 40, Hinterscher Scheiterberg: 10 Eichen III, 29, IV, 45, V und 2, VI und 15, Eter Rainbuchenrollen. Forstwart Volkert in Buchenbronn und Baier Schellbronn zeigen das Holz vor. B. 813

Bedingungen für die regelmäßige Beförderung von Milch. Mit Wirkung von 1. April 1921 wird im Bienenverkehr des Bezirks der Eisenbahndirektion Ludwigshafen (Rhein) die Beförderung wegen Erhebung einer monatlichen Mindestfracht aufgehoben. B. 825 Karlsruhe, 16. April 1921 Eisenbahn-Generaldirektion.